

Australische Premierministerin entschuldigt sich für Zwangsadoptionen, beschliesst finanzielle Hilfe und wissenschaftliche Aufarbeitung

Artikel auf Spiegel online, 21. März 2012

URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/australiens-regierung-entschuldigt-sich-fuer-zwangsadoptionen-a-890099.html>

(Stand 21. März 2013)

SPIEGEL ONLINE

21. März 2013, 09:37 Uhr

Australien

Regierung entschuldigt sich für Zwangsadoptionen

Bis in die siebziger Jahre wurden unverheiratete Mütter in Australien gezwungen, ihre Babys wegzugeben. 150.000 Kinder wurden Opfer der Zwangsadoptionen. Jetzt hat sich Australiens Regierungschefin Gillard entschuldigt: "Wir erkennen den Schmerz an, den wir Familien zugefügt haben."

Canberra - Viele Frauen umarmten die australische Premierministerin Julia Gillard, nachdem sich diese im Parlament in Canberra öffentlich entschuldigt hatte. Es war eine Entschuldigung im Namen einer Regierung, die über Jahrzehnte unverheiratete Mütter zur Aufgabe ihrer Babys zwang.



DPA

Australiens Regierungschefin Julia Gillard: "Wir verurteilen dieses beschämende Vorgehen"

Von 1951 bis 1975 wurden in [Australien](#) 225.000 Kinder gegen den Willen ihrer Mütter zur Adoption freigegeben. Das hatte eine Untersuchung im Auftrag des Senats herausgefunden.

"Wir verurteilen dieses [beschämende Vorgehen](#)", sagte Gillard in ihrer Ansprache. Etwa 800 Mütter und Adoptierte waren ins Parlament gekommen, um ihre Rede zu hören. [Gillard](#) entschuldigte sich bei den "Müttern, die durch ein System betrogen wurden, das Ihnen keine Wahl gab und Sie Manipulation, Misshandlung und Missbrauch aussetzte". Sie entschuldigte sich auch bei den Vätern und anderen Familienangehörigen: "Wir erkennen den Schmerz an, den diese Praxis Ihnen zugefügt hat."

Auf unverheiratete Frauen wurde damals Druck ausgeübt, damit sie ihre Babys zur Adoption freigeben - die Adoptionen wurden als alternativlos dargestellt. Die betroffenen Mütter seien nicht über ihre Rechte aufgeklärt und getäuscht worden, so Gillard. Vielfach wurden in den Geburtsurkunden der betroffenen Kinder einfach die Adoptiveltern als leibliche Eltern eingetragen.

Worte könnten den Schaden nicht wieder gutmachen, sagte die Premierministerin. Aber sie versprach, Therapien für Betroffene zu finanzieren und stellte Geld für die Aufarbeitung des Themas im Nationalarchiv bereit.

kgp/AFP